

**VERWALTUNGS- UND BENUTZUNGSORDNUNG
DES INSTITUTS FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT**

Der Verwaltungsrat der Universität Heidelberg hat aufgrund von § 28 Abs. 5 UG am 06. Mai 1993 die nachstehende Verwaltungs- und Benutzungsordnung beschlossen. Das Ministerium hat seine Zustimmung mit Erlaß vom 06. Juli 1993, Az.: 516.2/42, erteilt.

1. Abschnitt:

VERWALTUNGSORDNUNG

§ 1

Rechtsstatus, Zuordnung und Aufgabe

- (1) Das Institut für Politische Wissenschaft ist eine wissenschaftliche Einrichtung, die der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg zugeordnet ist.
- (2) Das Institut für Politische Wissenschaft dient der Forschung, der Lehre und dem Studium im Fach Politische Wissenschaft.

§ 2

Leitung

- (1) Das Institut für Politische Wissenschaft wird von einem für zwei Jahre gewählten Direktor geleitet. Dieser wird von einem stellvertretenden Direktor auf die Dauer von zwei Jahren vertreten. Wählbar sind alle leitungsbefugten Professoren. Für die Wahl des Direktors und seines Stellvertreters sind alle Professoren wahlberechtigt, die ihren Arbeitsbereich am Institut für Politische Wissenschaft haben.

(2) Der Direktor führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung. Er beantragt insbesondere die Anstellung, Höhergruppierung, Vertragsverlängerung, Versetzung oder Entlassung der dem Institut für Politische Wissenschaft zugeordneten Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 9-11 und 13 Universitätsgesetz.

(3) Der Direktor ist unbeschadet der §§ 74 Satz 2, 83 Abs. 1, Satz 3 Universitätsgesetz Vorgesetzter der dem Institut für Politische Wissenschaft zugeordneten Wissenschaftlichen Mitarbeiter, Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie der sonstigen Mitarbeiter des Instituts für Politische Wissenschaft.

Die Dienstaufsicht über das Institut für Politische Wissenschaft hat der Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät.

(4) Der Direktor beruft in der Regel alle vier Wochen, wenigstens alle acht Wochen, eine Dienstbesprechung ein, an der alle am Institut für Politische Wissenschaft hauptberuflich tätigen Professoren teilzunehmen berechtigt sind.

Der Direktor gibt den am Institut für Politische Wissenschaft hauptberuflich tätigen Professoren Informationen und Auskünfte in allen Fragen der laufenden Verwaltung.

(5) Der Direktor führt unbeschadet der Rechte des Direktors der Universitätsbibliothek (§ 30 Abs. 4 UG) die Aufsicht über die Institutsbibliothek und regelt im Rahmen dieser Ordnung deren Organisation, Benutzung und Öffnungszeit.

(6) Der Direktor übt vorbehaltlich des § 104 Satz 2 Universitätsgesetz in den Räumen des Instituts für Politische Wissenschaft das Hausrecht aus; er kann eine Hausordnung erlassen.

§ 3

Rücktritt

Der Direktor oder sein Stellvertreter kann nur aus wichtigem Grund zurücktreten. Der Rücktritt ist dem Dekan schriftlich mitzuteilen. Bestehen gegen die Geltendmachung eines wichtigen Grundes Bedenken, stellt der Fakultätsrat fest, ob ein solcher vorliegt. Der Dekan unterrichtet das Rektorat.

§ 4

Verwaltungsaufgaben, Finanzmittel, Personal

(1) Das Institut für Politische Wissenschaft erledigt alle bei ihm anfallenden Verwaltungsaufgaben, insbesondere die interne Verteilung und Bewirtschaftung der dem Institut zugewiesenen Haushalts- und Personalmittel.

Im übrigen fallen die Entscheidungen in Haushalts-, Wirtschafts- und Personalangelegenheiten in die Zuständigkeit der Zentralen Universitätsverwaltung. Eine Übertragung dieser Zuständigkeit auf das Institut für Politische Wissenschaft ist zulässig; § 9 Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) Der Direktor erstellt unter beratender Mitwirkung aller am Institut für Politische Wissenschaft hauptberuflich tätigen Professoren die Anträge für den Haushaltsvoranschlag und leitet sie dem Dekan der Fakultät zu. In gleicher Weise ist bei allen übrigen Personal- und Sachmittelanträgen zu verfahren.

(3) Der Direktor entscheidet nach Beratung mit allen am Institut hauptberuflich tätigen Professoren über die Verwendung der dem Institut für Politische Wissenschaft zur Verfügung stehenden Personalstellen und Sachmittel sowie über die Benutzung der Räume unter Beachtung des Teilhaberechts der am Institut für Politische Wissenschaft hauptberuflich tätigen Professoren und etwaiger Auflagen des Verwaltungsrats; davon ausgenommen sind Zuwendungen Dritter und personenbezogene Mittelzuweisungen sowie hieraus finanziertes Personal. Bestehende rechtliche Verpflichtungen sind vorrangig zu berücksichtigen.

2. Abschnitt:

BENUTZUNGSORDNUNG

§ 5

Benutzung, Benutzerkreis

(1) Universitätsmitglieder, deren Studien-, Forschungs- oder Arbeitsbereich dem Instituts für Politische Wissenschaft zuzuordnen ist, oder die nach der Funktionsbeschreibung ihrer Stelle Forschung und Lehre im Fach Politische Wissen-

schaft betreiben, sind berechtigt, das Institut entsprechend den vorhandenen sächlichen, finanziellen und räumlichen Möglichkeiten zu benutzen. Die Benutzung ist kostenfrei; die Vorschriften des Nebentätigkeitsrechts bleiben unberührt. Der Direktor regelt nach Beratung mit den am Institut für Politische Wissenschaft hauptberuflich tätigen Professoren die Benutzung der vorhandenen Forschungsgroßgeräte.

(2) Andere Mitglieder der Universität können vom Direktor als Benutzer zugelassen werden, sofern hierdurch die Belange der in Absatz 1 genannten Benutzer nicht beeinträchtigt werden. Entsprechendes gilt für die Benutzung des Instituts durch Mitglieder der Universität im Rahmen der Nebentätigkeit. Die Benutzung kann zeitlich und sachlich beschränkt werden.

§ 6

Rechte und Pflichten

- (1) Die benutzungsberechtigten Personen haben das Recht, das Institut für Politische Wissenschaft und seine Einrichtungen nach Maßgabe der Zulassung im Rahmen dieser Ordnung sowie einer Hausordnung und bestehender Öffnungszeitenregelungen zu benutzen.
- (2) Die Benutzungsberechtigten sind verpflichtet, das Institut und seine Einrichtung so zu nutzen, daß seine Aufgabe erfüllt werden kann.

Insbesondere haben sie

1. auf die anderen Benutzungsberechtigten Rücksicht zu nehmen;
2. die Einrichtungen des Instituts für Politische Wissenschaft sorgfältig und schonend zu benutzen;
3. Beschädigungen oder Störungen unverzüglich dem Direktor zu melden;
4. in den Räumen des Instituts für Politische Wissenschaft und bei Inanspruchnahme seiner Einrichtungen den Weisungen des Personals des Instituts Folge zu leisten.

(3) Der Direktor ist berechtigt, bei der Überlassung von Geräten an Benutzungsberechtigte zwecks Sicherung etwaiger Schadensersatzansprüche eine angemessene Kautions zu erheben.

§ 7

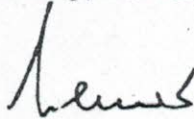
Ausschluß von der Benutzung

Benutzungsberechtigte, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die Nutzungs- oder Hausordnung verstoßen oder bei der Benutzung strafbare Handlungen begehen, können vom Direktor zeitweise oder dauernd von der weiteren Benutzung unter schriftlicher Angabe der Gründe ausgeschlossen werden.

§ 8
Inkrafttreten

Die Verwaltungs- und Benutzungsordnung tritt am ersten Tag des auf ihre Bekanntmachung im Mitteilungsblatt des Rektors folgenden Monats in Kraft.

Heidelberg, den 22.07.1993



Prof. Dr. Peter Ulmer
Rektor